



KONFERENZBERICHT

Internationale Konferenz

In Kooperation mit dem Goethe-Institut, Sofia, der Deutsch-Bulgarischen Industrie- und Handelskammer (AHK), Sofia und dem Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

ENERGIEWENDE IM ZEICHEN VON KLIMAWANDEL UND RESSOURCEN-VERKNAPPUNG: Ein deutsch-bulgarischer Dialog

Sofia, 20. / 21. Juni 2011

DR. HANSJÖRG BREY / DR. JOHANNA DEIMEL

Umwelt- und Klimafreundlichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit – das sind die Anforderungen an jede nationale Energiepolitik, so auch in Bulgarien. In den Räumen des Goethe-Instituts in Sofia berieten Experten und Akteure aus Unternehmen, think tanks, aus nationaler und lokaler Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft, aus Bulgarien, Deutschland, Österreich, Bosnien-Herzegowina und Mazedonien über die Voraussetzungen einer erfolgreichen Energiewende.

Als Hausherr und Gastgeber begrüßte Dr. *Rudolf Bartsch*, der Leiter des Goethe-Instituts Sofia, die Gäste. Er dankte der Südosteuropa-Gesellschaft und dem Tagungsleiter Dr. Hansjörg Brey für die Initiative zu der Konferenz und die inhaltliche Vorbereitung. Der Themenkomplex Klimawandel und erneuerbare Energien spielen auch in Zukunft eine wichtige Rolle in der Arbeit des Sofioter Goethe-Instituts.

Dr. *Hansjörg Brey*, Geschäftsführer der Südosteuropa-Gesellschaft, führte in das Tagungsthema ein. Als Energiewende werde die Realisierung einer nachhaltigen Energieerzeugung bezeichnet. Hierbei sollen fossile Energieträger wie Öl, Kohle, Erdgas und Kernbrennstoffe durch erneuerbare Energien abgelöst werden. Bei der Energiewende spielten Energiesparen und eine Erhöhung der Energieeffizienz eine ebenso wichtige Rolle. Die Reduzierung von Treibhausgasen und die Ablösung fossiler Energien seien in Deutschland bereits lange wichtige Politikziele und genießen bei der Bevölkerung breite Zustimmung. Umstritten war dort vor allem der Weg zu diesem Ziel – insbesondere die Frage der Nutzung der Atomkraft. Diese Frage habe die Gesellschaft über Jahrzehnte regelrecht polarisiert. Unter dem Eindruck der Katastrophe im japanischen AKW Fukushima und dem Druck der öffentlichen Meinung habe die Regierungskoalition in Berlin Ende Mai 2011 ihr im September 2010 verabschiedetes Energiekonzept revidiert. Der nunmehr beschlossene rasche und komplette Ausstieg aus der Kernenergie bis 2022 sei das spektakulärste Element dieser Beschlüsse, verbunden mit der Grundsatzentscheidung, die Energieversorgung in Zukunft aus erneuerbaren Quellen zu decken. Der Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung solle von derzeit 17 % auf 35 % im Jahr 2020 verdoppelt werden. Dabei bleibe es beim Ziel einer 40 %-igen Verringerung der Treibhausgas-Emissionen bis 2020 gegenüber 1990, ein ehrgeiziges Ziel gegenüber der EU-Vorgabe von 20 %. "Wir können als erste große Industrienation die Wende zu einem hocheffizienten, erneuerbaren Energiesystem schaffen", so laute der Beschluss zur deutschen

Energiewende, der bereits Ende Juni dem Bundestag und kurze Zeit später dem Bundesrat vorgelegt werde. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik stehe ein Energie-Konzept vor der Verabschiedung, das die Zustimmung fast aller politischen Kräfte und der breiten Bevölkerung genieße.

In ihrem Energie-Konzept, so Brey weiter, nenne die Bundesregierung drei Bedingungen: Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit, Umwelt- und Klimafreundlichkeit. Mit diesen Begriffen seien die zentralen Herausforderungen beschrieben, mit denen jede nationale Energiepolitik konfrontiert sei. Sie gelten ebenso für Bulgarien wie für Deutschland. Die Weltgemeinschaft habe 2010 in Cancun das Ziel definiert, die Erderwärmung bis 2050 auf 2 Grad Celsius (gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter) zu beschränken. Um die Lebensgrundlagen für die Menschheit zu sichern, müssten die globalen Energiesysteme bis Mitte des Jahrhunderts weitgehend dekarbonisiert sein, so der Wissenschaftliche Beirat der deutschen Bundesregierung für globale Umweltveränderungen.¹

Die EU habe ihre Mitglieder u.a. durch den sog. "20-20-20-Beschluss" von 2007 auf die Einhaltung von Klimaschutzziele verpflichtet. Dass Bulgarien zwei der nationalen Ziele, nämlich die Reduktion der Treibhausgase und den Anteil der Erneuerbaren am Endenergieverbrauch (national 16% für 2020) offensichtlich erreichen wird, sei erfreulich. Es liege nach Ansicht von Experten allerdings im Wesentlichen an der seit 1990 erfolgten De-Industrialisierung und früheren Investitionen in Wasserkraft. Bulgarien könne sich vor allem deshalb nicht auf seiner relativ günstigen Position bei der Erreichung der Klimaschutzziele ausruhen, weil es wegen seiner veralteten Produktionsstrukturen und eines renovierungsbedürftigen Gebäudebestands unter allen EU-Staaten die schlechteste Position bei der Energie-Effizienz einnehme. Von dem Ziel einer kohlenstoffarmen Wirtschaft sei Bulgarien somit offensichtlich weit entfernt.² Wie sich dieses Defizit verbessern lässt, sei eine der Fragestellungen unserer Konferenz.

Was die Versorgungssicherheit betreffe, so Brey weiter, so habe die Gaskrise vom Januar 2009 und die Umbrüche in den Ölstaaten der arabischen Welt die Risiken einer hohen Abhängigkeit von importierten fossilen Brennstoffen wie Gas und Erdöl spürbar gemacht. Zunehmende Verknappung, politischer Druck und Krisenereignisse bedeuteten Risiken von Ausfällen und steigenden Preisen. Die Bezahlbarkeit der Energie sei eine Frage, die in Bulgarien, bei niedriger Kaufkraft der Haushalte, sicher besonders prekär sei. Ein Ausbau der EE bedeute potenziell zumindest vorübergehend eine Erhöhung der Strompreise. Hier müsse der Staat – etwa über Einkünfte aus dem Emissionshandel und EU-Mittel – Härten für benachteiligte Haushalte und wichtige energieintensive Industriezweige ausgleichen. Letztlich werde aber, so Brey, auch der Bau neuer AKWs eine Erhöhung der Stromkosten nach sich ziehen, ebenso wie erhöhte Weltmarktpreise für Gas und Öl auf den Verbraucherpreis durchschlagen. Schließlich müsse eine realistische Stromkostenkalkulation auch die Umwelt-Kosten einzelner Energieträger

¹ Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen: Welt im Wandel. Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation. Zusammenfassung für Entscheidungsträger. Berlin 2011, S.1f.)

² Center for the Study of Democracy: "Green Energy Governance in Bulgaria at a Crossroads", Sofia 2011, www.csd.bg.

einbeziehen. Dieser Punkt werde besonders bei den Kosten der Atomkraft von höchster Relevanz.

Die Konferenz könne und wolle die Tatsache nutzbar machen, dass es in Deutschland bereits eine lange und positive Erfahrung mit der Energiewende gibt, mit zahlreichen Akteuren und zukunftsfähigen technischen Lösungen.

Matthias Höpfner, Deutscher Botschafter in Sofia, betonte seinerzeit den möglichen Wert eines deutschen Beitrags zur Diskussion. Das Beispiel Deutschland zeige, dass neue Wege bei der Energieversorgung auch mit wirtschaftlichem Erfolg begangen werden können. In Bulgarien gebe es, anders als in Deutschland, keine Mehrheit für den Ausstieg aus der Atomenergie. Zumindest aber habe Fukushima in Bulgarien eine gewisse Nachdenklichkeit produziert. Das am 21. April 2011 vom Parlament verabschiedete neue Gesetz zu Erneuerbaren Energien sei in der Öffentlichkeit umstritten. Höpfner mahnte, dieses Gesetz in differenzierter wenn auch durchaus kritischer Weise zu betrachten. Die Energiediskussion in Bulgarien werde stark durch Lobbygruppen für konventionelle und nukleare Energie bestimmt, die Zivilgesellschaft sei schwach. Die Abhängigkeit von russischen Energielieferungen sei bedenklich und Russland habe ein klares Interesse, sich diesen Markt zu sichern.

Für die deutsch-bulgarische Industrie- und Handelskammer begrüßte deren Präsident, *Bertram Rollmann*. Sein eigenes Unternehmen konnte seit 2006 bis heute den Energieverbrauch pro Produktionseinheit um mehr als 35 % senken. Die Industrie in Bulgarien habe erhebliche Reserven, ohne allzu große Investitionen die Energieeffizienz zu steigern. Für den Ausbau von Erneuerbaren Energien sieht Rollmann sehr große Potenziale in unterschiedlichen Bereichen. Hier, ebenso wie bei der Steigerung der EE, könnten viele qualifizierte Arbeitsplätze für Spezialisten entstehen und somit könnten diese ein wichtiger Baustein der bulgarischen Wirtschaft werden, das Land nachhaltig aus der Wirtschaftskrise zu manövrieren. Die Nutzung neuer Technologien setze natürlich voraus, dass erstens der politische Wille vorhanden sei. Zweitens sei die systematische Anpassung der Netzkapazitäten an die schon vorhandenen Zentren der Gewinnung von Windkraft und Solarstrom dringend nötig. Hier ergebe sich für Bulgarien die einmalige Chance, die neuen Transportnetze gleich als intelligente Netze auszulegen und somit technologisch evtl. in wenigen Jahren moderner dazustehen als manch anderes europäische Land.

Panel I Energiewende: Herausforderungen und Wege zu einer Energieversorgung der Zukunft

Helge Tolksdorf, Direktor für EU-Erweiterung, Südosteuropa und Türkei beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Berlin, sprach über die politischen und gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine Energiewende. Er befasste sich mit den potenziellen Lehren der Havarie in Fukushima für die bulgarische Atomwirtschaft. In Japan habe die Betreiberfirma Tepco 43 Mrd. EURO an die japanische Regierung zur Kompensation von Schäden überwiesen. Dieser Betrag würde in etwa dem BIP Bulgariens entsprechen und könnte im bulgarischen Falle bei einer etwaigen Havarie des AKW Belene niemals aufgebracht werden. Wolle man die Risiken des AKW Fukushima über 100 Jahre versichern, würde dies einen Aufschlag auf den

Strompreis pro KWh von € 0,15 bedeuten, bei einer kürzeren Laufzeit bis zu € 1,- ! In Bulgarien müsse man sich allerdings fragen, wie groß das Engagement für die erneuerbaren Energien noch sein könne, wenn man bereit sei, wie im Falle des geplanten AKW Belene, 20 % des BIP in eine Anlage zu investieren.

Tolksdorf stellte die Ziele der EU-Energiepolitik (Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit und Nachhaltigkeit) mit Blick auf Bulgarien dar. Nach dem Energie-Acquis bestehe in Bulgarien Nachholbedarf bei der Liberalisierung der Märkte für Elektrizität und Gas. Die festgeschriebenen Preise von Gazprom seien ein erheblicher Preisnachteil für Bulgarien, bei einer Öffnung des Strom- und Gasmarkts würden die Preise eher sinken. Für die Umsetzung des Energie-Acquis müssten unabhängige Behörden wie eine Netzagentur sowie eine Behörde zum Management von Krisensituationen eingerichtet werden. Für die Umsetzung von Mindeststandards bei der Energieeffizienz bedürfe es ebenso einer unabhängigen Behörde. In Bezug auf die Nutzung der Kernenergie müsse eine unabhängige Atomsicherheitsbehörde eingerichtet werden. Die Sicherung von Arbeitern und Bevölkerung in Bezug auf radioaktive Strahlung bedürfe einer umfassenden Kontrolle, etwa in Bezug auf das Umwelt-Monitoring, die Kontaminierung von Lebensmitteln, die Kontrolle und den Transport radioaktiver Abfälle und das Management atomarer Notfälle.

In Deutschland bringe die Energiewende, so Tolksdorf, die Notwendigkeit umfassender gesetzlicher Regelungen in zahlreichen Bereichen mit sich. Der notwendige Netzausbau impliziere auch hier viele Zielkonflikte, die es zu lösen gelte. Seit dem Jahr 2000 habe der Bund ca. 50 Mrd. EURO für die Förderung erneuerbarer Energien investiert.

Sebastian Noethlichs, Vorsitzender des Fachausschuss „Energiewirtschaft“ bei der AHK Bulgarien, befasste sich in seinem Vortrag mit der Nutzung erneuerbarer Energien in Bulgarien und insbesondere mit der zugrundeliegenden Gesetzgebung.

Laut Noethlichs habe man sich vor dem Hintergrund eines Wildwuchses von Projekten und drohenden Überkapazitäten zu einer Politik entschlossen, die als "Kehrtwende statt Energiewende" zu kennzeichnen sei. Die Regierung äußere sich mit großer Polemik zum Thema erneuerbarer Energien. Diese Polemik habe zur Verabschiedung eines Gesetzes geführt, mit dem landwirtschaftliche Nutzflächen vor einem "Missbrauch" durch Anlagen zur Produktion erneuerbarer Energien, insbesondere Photovoltaik (PV)-Anlagen geschützt werden sollen. Durch dieses Gesetz seien die Mehrheit der in Entwicklung befindlichen Projekte bedroht. Problematisch sei auch das im April 2011 verabschiedete Gesetz zu den erneuerbaren Energien. Als problematisch eingeschätzt werden insbesondere die folgenden neuen Regelungen:

1. Die Verkürzung der Kontrakte zur garantierten Abnahme der erzeugten Elektrizität von 25 auf 20 Jahre bei PV und von 15 auf 12 Jahre bei Windenergie;
2. Die Abnahmepreise für Strom werden erst nach Fertigstellung eines Projekts festgelegt und können über dies nachträglich angepasst werden – dies bedeutet eine erhebliche Unsicherheit für potenzielle Investoren;

3. Für den späteren Anschluss ans Netz wird der Investor mit einer nicht erstattungsfähigen Gebühr von € 25000 pro installiertem MW zur Kasse gebeten. Insgesamt, so das Resümee von Noethlichs, werde das neue Gesetz potenzielle Investoren regelrecht aus Bulgarien vertreiben.

Heftig ins Gericht mit den Zuständen in der bulgarischen Energiewirtschaft ging Assoc. Prof. Dr. *Plamen Zvetanov* von der Bulgarischen Akademie der Wissenschaften. Bulgarien sei das Land mit der höchsten Energie-Intensität in Bezug auf das BIP: Diese sei 5,7 Mal höher als der Durchschnitt der EU 27. 71,6 % der Energie würden importiert. Bei der Erdgasversorgung fehle der Wettbewerb komplett, es gebe nur einen Lieferanten, nämlich Russland. In irrationaler Weise halte die Politik an der Idee des Baus eines zweiten AKW bei Belene fest, stillschweigend seien bereits 1 Mrd. Leva investiert worden. Die Fixierung auf Belene ersetze eine dringend notwendige nationale Energiepolitik. Die langfristige Wettbewerbsfähigkeit der nationalen Energiewirtschaft werde nirgendwo diskutiert. Dabei werde mit der Errichtung von Belene der Strompreis auf das 4-fache steigen. Völlig ungeklärt sei die Endlagerung des Atommülls, der bisher nach Russland exportiert werde, nach den neuen Regelungen aber im Land gelagert werden müsse. Belene würde über dies einen enormen Überschuss an Energie erwirtschaften, ohne dass dafür eine Export-Nachfrage vorhanden sei. Bulgarien müsse den Mythos aufgeben, dass das Land eine Energie-Insel sei. Eine nachhaltige Energiepolitik müsse die Abhängigkeiten von einzelnen Energieträgern und Lieferanten verringern und die Energieeffizienz drastisch verbessern.

Johannes Elle, Regional Projekt Manager vom Open Regional Fund for South East Europe – Energy bei der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in Sarajevo, stellt die Erfahrungen der deutschen Technischen Zusammenarbeit in den Ländern des westlichen Balkans im Bereich "Energieeffizienz" vor. Ziel sei es dabei, die Partnerländer im westlichen Balkan bei der Bemühung zu unterstützen, die Energieeffizienz bis 2020 um 20 % entsprechend der nationalen Ziele zu steigern. Die GIZ würde die Staaten im westlichen Balkan bei der Erarbeitung und Umsetzung von nationalen Energieeffizienz-Plänen unterstützen, insbesondere bei der Entwicklung einer Methodologie für das Monitoring, die Evaluierung und die Verbesserung der politischen Entscheidungsfähigkeit. Von ganz besonderer Bedeutung sei dabei die kommunale Ebene: Hier habe das sog. "Konvent der Bürgermeister", mit Beteiligung der vier Hauptstädte Zagreb, Podgorica, Sarajewo und Skopje, bereits 2711 Mitglieder, die sich auf eine nachhaltige Energiestrategie auf lokaler Ebene verpflichtet hätten. Besonders bedeutsam sei im westlichen Balkan wie auch in Bulgarien ein öffentlicher Dialog über die Ausrichtung der Energiepolitik, der hier leider nur sehr schwach entwickelt sei. Information und Bewusstseinsbildung für die Bürger seien von größter Notwendigkeit.

II. Energie-Effizienz und Energie-Sparpotenziale

Kolio Kolev, Leiter der Agentur für Energieeffizienz beim Ministerium für Wirtschaft, Energie und Tourismus in Sofia, befasste sich vorwiegend mit den Herausforderungen und Möglichkeiten, die Energieeffizienz in Bulgarien zu erhöhen. Bei einer im internationalen Vergleich sehr hohen Energieintensität gebe es in allen Bereichen große Möglichkeiten für Einsparungen. Für Gebäude von mehr als 1000 m² Nutzfläche habe die Regierung einen Fonds für energetische

Sanierungen eingerichtet. Für die notwendige Sanierung von ca. 470000 Plattenbauten würden 1,8 Mrd. Leva benötigt. Im betrieblichen Sektor wird der Bedarf für energetische Sanierungen nochmals auf 2,25 Mrd. Leva geschätzt. In der Diskussion wurde deutlich, dass es in Bulgarien bei der Praxis der Umsetzung neuer energetischer Standards noch deutliche Defizite gibt. Im Bauwesen gebe es zwar inzwischen Energieberater und –Auditoren, bei energetischen Sanierungen lasse allerdings die Qualitätssicherung sehr zu wünschen übrig. Bei den Baufirmen fehle es an einschlägigem Know-how, anders als in Deutschland führten Architekten nicht die Bauaufsicht.

Der Architekt *Stoyan Todorov* von der Firma ST Architekten aus München, stellte aus seiner beruflichen Erfahrung in Deutschland die Neukonzeption und Energieoptimierung eines Terminals am Flughafen Frankfurt/Main vor. Die zuständige FRAPORT AG verfolge dabei eine umfassende Strategie zur nachhaltigen Entwicklung und zum Einsatz von erneuerbaren Energien. Dazu gehörten die Versorgung des Flughafens mit Erdwärme und Biogas und die Erzeugung von Strom und Warmwasser durch Geothermie. Durch die Verbesserung der Energieeffizienz des Terminals sowie der Service- und Bürogebäude sollten 100 Mio. KWh eingespart werden, was einer CO₂-Reduktion von jährlich 30000 Tonnen entspreche.

Dr. *Jürgen Jager* von den Deutschen Amphibolin-Werken in Ober-Ramstadt, befasste sich mit den Möglichkeiten und der Praxis energetischer Sanierungen. Seine Firma ist führend bei der Herstellung von Wärmedämmstoffen und hat u. a. umfassende Erfahrungen bei der energetischen Sanierung von Plattenbauten. In Deutschland habe es ab 1991 eine detaillierte Bestandsaufnahme der industriell vorgefertigten Bausubstanz in den neuen Bundesländern gegeben und es seien Leitfäden für die Instandsetzung und Modernisierung erstellt worden. Notwendige Grundlagen einer nachhaltigen energetischen Gebäudesanierung seien eine solide Informationsbasis, klare gesetzliche Grundlagen sowie eine fachgerechte Planung und handwerkliche Ausführung. Wichtig als Anreiz für den Bauherrn seien einschlägige Förderprogramme wie z. B. die Programme der deutschen KfW für CO₂-Gebäudesanierung mit einem jährlichen Umfang von 1,5 Mrd. EURO. Jager rechnete vor, dass sich bei der Sanierung eines Altbaus mit 130 m² Wohnfläche mit Fassadendämmung im WDV-System bei einer 40-jährigen Nutzung Primärenergie einsparen lasse, die der Fahrleistung eines Pkw von 830000 Km entspreche sowie einer Einsparung treibhausrelevanter Emissionen entsprechend einer Fahrleistung von 1 Mio. Km.

Georgi Kolarov, Präsident des Bulgarian Green Building Council, schloss sich an mit einem Plädoyer für nachhaltiges Bauen auch in Bulgarien. Die Berücksichtigung nachhaltiger Aspekte würde die Baukosten in der Regel um max. 5 % erhöhen, den Energiebedarf jedoch um 50 % reduzieren. Das Bulgarian Green Building Council ist mit der Ausarbeitung nationaler Standards für nachhaltiges Bauen befasst und Erarbeitung eines nationalen System zur Analyse und zum Monitoring von Projekten. Die dringend notwendige Ausbildung von Architekten und Ingenieuren für eine nachhaltige Bauweise stecke noch in einem Anfangsstadium. In der Diskussion wurde klar, dass es in Bulgarien an den Universitäten keine einschlägigen Ausbildungsgänge für Ingenieure, Architekten usw. gebe.

III. Erneuerbare Energieträger in Bulgarien: Potenziale, Herausforderungen, Probleme

Nikola Gazdov, Präsident der Bulgarischen Gesellschaft für Fotovoltaik, erläuterte die Situation im Bereich der Solarenergie-Nutzung. In Bulgarien gebe es derzeit, im Juni 2011, eine installierte Kapazität im Solarbereich von 30 MW, 2009 waren es erst 7 MW. Bei den Anträgen auf die Errichtung von PV-Anlagen habe es in den letzten Jahren eine Art Inflation gegeben, mit Anträgen für eine zu installierende Kapazität von insgesamt 4000 MW. Nur etwa 10 % dieser Projekte konnten allerdings als realistisch klassifiziert werden. Immerhin entstand durch diese Situation ein Negativ-Image der einschlägigen Produzenten, die als "grüne Maffia" oder "Abzocker" diffamiert wurden. Premierminister Borisov habe diese Vorurteile selbst geschürt, in dem er etwa behauptete, dass der Umstieg auf erneuerbare Energien die Strompreise auf das 18-fache erhöhen würde. Seit Dezember 2009 sei ein Moratorium für die Errichtung neuer PV-Projekte in Kraft getreten und bis Juli 2011 wurden keine erneuerbaren Energieträger mehr ans Netz angeschlossen. Im Mai 2011 sei dann, ausschließlich für die Solarenergie, das Verbot auf landwirtschaftliche Nutzflächen in Kraft getreten.

Ein Gesetz zu den erneuerbaren Energien sei bereits für 2009 angekündigt worden, so *Gazdov*. Bis zur schließlichen Verabschiedung des Gesetzes im April 2011 gab es mehr als 20 verschiedene Gesetzentwürfe. Am Ende wurden die Positionen der diversen in der Gesetzgebung involvierten Arbeitsgruppen ignoriert. Die PV-Branche leide nunmehr unter der massiven Unsicherheit in Bezug auf die von der Regierung festzulegenden jährlichen Maximal-Kapazitäten für neue Projekte und den Unsicherheiten in Bezug auf die Anschlüsse an das Netz. *Gazdov* schloss sich damit der Einschätzung seines Kollegen *Noethlichs* in Bezug auf das Gesetz zu den erneuerbaren Energien an. *Gazdov* schloss dennoch mit einem optimistischen Ausblick: *Viktor Hugo* habe gesagt "Es gibt eine Sache die stärker ist als alle Armeen der Welt – eine Idee deren Zeit gekommen ist".

In Bezug auf die Nutzung von Solarthermie gebe es, so *Gazdov*, keinerlei staatliche Förderung. Die entsprechende Produktion gehe auch nicht in nationale Statistiken ein.

Sebastian Noethlichs vom bulgarischen Verband für Windenergie erläuterte die Situation im Bereich der Windenergieproduktion: Der maximale Strombedarf in Bulgarien belaufe sich bei Spitzenlast auf 7000 MW. Derzeit würden 300 MW durch Windkraft erzeugt und insgesamt 500 MW seien installiert. Realistischer weise könnten bis 2020 ca. 2000 bis 3000 MW an erneuerbaren Energien produziert werden. Es gebe nun aber bereits Lizenzen für insgesamt 1673 MW, für eine nochmals ähnlich hohe Strommenge gebe es Vor-Abschlüsse und geplant seien 14000 MW. Somit sei man mit den Planungen, insbesondere bei der Windkraft, weit über die technischen Möglichkeiten hinausgegangen. Dies habe zu einer Überforderung der Behörden geführt und zu der Befürchtung, man würde "über das Ziel hinaus schießen". Problematisch sei insbesondere, dass sich die vorhandenen wie geplanten Windkraftanlagen alle im Nordosten des Landes, die Konsumenten einschließlich der größeren Industriebetriebe aber im Westen befinden. Ein leistungsfähiges Netz zum Transport des Stroms von Ost nach West sei nicht vorhanden. (hierhin Absatz von vorne ziehen!).

Noethlichs ging dann auf die Frage der Strompreise in Bulgarien ein: Diese lägen mit 0,17 Leva pro KWh im europäischen Vergleich sehr niedrig. Während fossile Rohstoffe fortwährend teurer würden, werden die Preise für erneuerbare Energien immer niedriger. Unter der Annahme, dass Bulgarien das Ziel 20-20-20 erreichen würde, würde sich der Strompreis pro Haushalt von durchschnittlich monatlich 45,67 Leva auf 46,59 Leva erhöhen.

Noethlichs kam schließlich nochmals auf die Risiken der Atomkraftnutzung in Bulgarien zu sprechen. Die permanente Verbotzone um Tschernobyl habe einen Radius von 250 km. Würde man diesen Radius um das geplante AKW Belene ziehen, so läge praktisch das gesamte Landesterritorium innerhalb dieser Verbotzone.

Jana Zhekova von der Firma Biogas Energy EOOD, erläuterte die Potenziale einer Nutzung von Biomasse in Bulgarien. In Bezug auf diese Nutzung sei Bulgarien derzeit noch *terra incognita*. Die Nutzung von Holz, Holzabfällen, Abfällen aus der Landwirtschaft, den Haushalten usw. biete Bulgarien mit seinen weiträumigen ländlichen Regionen große Potenziale. Biomasse könne ca. 9 % des Energiebedarfs in Bulgarien decken. Ihre Nutzung erlaube eine dezentrale Energieversorgung und Wertschöpfung sowie Arbeitsplätze in den ländlichen Regionen. Die Nutzung von Biomasse erlaube den Kommunen eine teilweise energetische Autarkie. In dem Vortrag wurde klar, dass Bulgarien in diesem Sektor noch ganz am Anfang steht.

Vladimir Valkov von der Energieagentur in Plovdiv (2001 mit EU-Mitteln gegründet), warf ein weiteres Schlaglicht auf die Situation in Bulgarien. Hier würden 40 % der Elektrizität für das Heizen verbraucht, in Österreich seien dies zum Vergleich 7 %. Öffentliche Gebäude würden zum Teil gedämmt, zugleich heize man weiterhin mit Heizöl. In Plovdiv würden viele Haushalte mit Kohle und Holz heizen, daher sei an 300 Tagen im Jahr der Anteil an Feinstaubpartikeln in der Luft über der Norm. In der Provinz Plovdiv gebe es keine Energieberater. Die kommunalen Haushalte gehen zu 66 % in die Kosten für Heizung. Die energetische Effizienz bei der Stromerzeugung liege in Bulgarien bei katastrophalen 25 %.

IV. Praktische Voraussetzungen für die Energiewende

Gert Hempler und *Vladislava Panayotova* von der MKB Unionbank, mehrheitlich eine Tochter der Bayerischen Landesbank, sprachen über die Möglichkeiten einer Finanzierung von Projekten im Sektor erneuerbarer Energien in Bulgarien. Im Jahr 2010 habe die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien 10,6 % der gesamten Stromproduktion ausgemacht. Dabei habe die Produktion aus Wasserkraft ca. 94 % der Elektrizitätsproduktion ausgemacht. Die Unionbank habe in diesem Sektor vier kleinere Projekte finanziert. Aus der Sicht der Rückzahlungssicherheit biete der Sektor Wasserkraft gute Potenziale vor allem bei kleineren Wasserkraftwerken. Die Bank finanziere auch Projekte im Bereich der Windenergie sowie diverse Solarparks. Wegen der durchschnittlichen jährlichen Sonnenscheindauer seien im Solarbereich die Potenziale besonders gut. Keine Finanzierungen gebe es bisher im Bereich von Biotreibstoffen (hier werden in Bulgarien z. Zt. 40000 Tonnen p. a. erzeugt) und im Bereich Biomasse und Geothermie. Die Europäische Union biete darüber hinaus unterschiedliche Finanzierungsmöglichkeiten im Bereich erneuerbarer Energien und Energieeffizienz. So könnten etwa im Bereich von Projekten der ländlichen Entwicklung Projekte bis zu einer Mio. EURO und max. 1 MW mit bis zu 80 %

der Investitionssumme bezuschusst werden. Bei allen verfügbaren Programmen würden Fördergelder erst ausgezahlt werden, wenn das Projekt abgeschlossen sei.

Karl Mikl, Solarteur Trainer von der Solar Projects GmbH aus Güssing/Österreich, stellte den Beruf den Solateurs als interdisziplinären Beruf und Spezialist für erneuerbare Energien vor. Ingenieure, Techniker und Facharbeiter aus artverwandten Professionen erhalten dabei eine Zusatzausbildung als Spezialist für erneuerbare Energien. Die Firma Solar Projects betreue heute Ausbildungsstätten in zehn Ländern mit mehr als 3000 Absolventen.

Neben der Bedeutung von gut ausgebildeten Fachkräften zur technischen Umsetzung der erneuerbaren Energieerzeugung fand Mikls Darstellung der Entwicklung der Gemeinde Güssing besondere Aufmerksamkeit. Noch vor 15 Jahren eine der ärmsten Gemeinden Österreichs, sei Güssing heute zu über 100 % energieautark durch erneuerbare Technologien. 25 dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung Biomasse-Kraftwerke erwirtschafteten 15 Mio. EURO Jahresumsatz. Es seien 50 neue Betriebe mit mehr als 1000 neuen Arbeitsplätzen entstanden, darunter eine Fabrik für PV-Hochleistungszellen. Als Vorzeige-Ökogemeinde habe Güssing im Jahr 2007 30000 Besucher angezogen.

Manfred Vallaster vom Architekturbüro Art Design in Sofia, befasste sich mit der Situation im Bereich energieeffizientes Bauen in Bulgarien. Bulgarien liege mit seinem Verbrauch von Primärenergie pro BIP-Einheit europaweit an der Spitze, signifikant höher als z.B. Rumänien. Dabei sei im Gebäudebereich Bulgarien in Bezug auf gesetzliche Regelungen und Maßnahmen auch im EU-Vergleich schon erstaunlich vorangeschritten. Energiesparprogramme kämen im öffentlichen Bereich allmählich in Fahrt, die energetische Sanierung privater Wohngebäude laufe jedoch fast gar nicht. Öffentliche Fördermittel würden in der Regel nicht abgerufen. Bulgarien habe die einschlägigen EU-Richtlinien in Form von gesetzlichen Regelungen umgesetzt, bestehende Vorschriften zum Energieausweis und zur obligatorischen Überprüfung von Heizkesseln und Klimaanlage würden in der Realität nicht umgesetzt, u. a., weil die Zuständigkeiten auf mehrere Akteure verteilt sind. An den Hochschulen gäbe es nur vereinzelt Kurse für energieeffizientes Bauen, diese seien jedoch nicht obligatorisch. Für die Zulassung von Energieberatern, einschließlich der Ausstellung von Energieausweisen, gebe es keine vernünftigen Qualifikations-Angebote. Sehr negativ wirke sich auch das Fehlen eines dualen Ausbildungssystems in Bulgarien aus.

In Bulgarien würden, so Vallaster, rund 40 % des Energieverbrauchs durch den Gebäudesektor verursacht. Zur Sanierung der meist älteren Gebäude fehlt es den Eigentümern in der Regel an den finanziellen Mitteln. Die komplizierte Eigentümerstruktur behindere zudem größere und homogene Sanierungsmaßnahmen. Die energetische Sanierung von Plattenbauten bleibe auf Demonstrations- und Einzelobjekte beschränkt. Die Energiewende wird durch eine komplizierte Bürokratie sabotiert. Kontrollprüfungen durch die Agentur zu Energieeffizienz werden bislang nur bei Gebäuden über 1.000 qm Nutzfläche und insgesamt nur schleppend bis gar nicht durchgeführt. So seien heute noch ca. 60 % der Plattenbauten ohne Isolierung und würden mit Elektrizität beheizt.

Alexander Wagner vom Bayerischen Landesamt für Umwelt in Hof, sprach über "Umweltbildung und Verbraucher-Aufklärung als praktische Voraussetzung für die Energiewende". Wirksamer Klimaschutz, so Wagner, führe "vom Wissen über das Wollen zum Handeln". Er sei das Endprodukt eines langen Lernprozesses, welcher das Wissen über Zusammenhänge, ein kritisches Bewusstsein und Entscheidungs- und Umsetzungskompetenz voraussetze. Information und Bildung seien eine wichtige staatliche Aufgabe, um alle Akteure wie Bürger, Unternehmen, Kommunen und Verbände zu motivieren und zu aktivieren. Kommunen seien die wichtigsten Zielgruppen, weil sie vielfach Informationen und nachhaltige Strategien unmittelbar umsetzen. Leitprinzip für den Klimaschutz sei der sog. "Energie-Dreisprung", bestehend aus Vermeidung und Energieeinsparung, Steigerung der Energieeffizienz durch bessere Technik und der Nutzung erneuerbarer Energien.

V. Kommunen als Träger der Energiewende

Besonders eindrucksvoll am deutschen Beispiel der Energiewende ist zweifellos die herausragende Rolle, welche Städte und Gemeinden als Vorreiter bei der Energiewende und beim Klimaschutz einnehmen. Ein beredtes Beispiel dafür bot die Präsentation von *Arno Zengerle*, dem Bürgermeister der Gemeinde Wildpoldsried im Landkreis Oberallgäu. Für ihr Energie- und Klimaschutzkonzept erhielt die Gemeinde zahlreiche Umweltpreise wie etwa den European Energy Award. Das Motto "Wildpoldsried innovativ richtungsweisend" basiert auf drei Säulen: regenerative Energieerzeugung und Energieeinsparung, maximaler Einsatz von Holz als ökologischer Baustoff bei Baumaßnahmen und der Schutz der ober- und unterirdischen Wasservorkommen sowie die ökologische Abwasserreinigung. Großen Wert wird dabei auf die Wertschöpfung vor Ort gelegt, die etwa durch Photovoltaik-, Ingenieur- und Natur-Baustofffirmen am Ort gewährleistet wird. Es werden derzeit 42 Gebäude mit Fernwärme aus Biomasse versorgt, neben Privathäusern und Wohnanlagen, Gewerbebetriebe sowie praktisch alle öffentlichen Gebäude. Das Nahwärmenetz der "Dorfheizung" hat inzwischen eine Leitungslänge von mehr als 2,5 km. Mit einer Heizöleinsparung von 220 Tsd. Liter und einer CO₂-Einsparung von 600 Tsd. kg pro Jahr leistet die Gemeinde einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz. Aus Biogas, Pellets- und Hackschnitzelanlagen wird Wärme erzeugt und Strom produziert. Auf dem Gemeindegebiet existieren 190 Photovoltaik-Anlagen mit 3.300 kWp und 140 thermische Solaranlagen mit 1.900 qm Kollektorfläche. Dazu kommen kleine Wasserkraftanlagen sowie Erdwärmeheizungen. Ein im wahrsten Sinne des Wortes herausragendes Merkmal der Wildpoldsrieder Energiewende sind die Bürger-Windkraftanlagen, derzeit fünf Anlagen mit insgesamt 7.500 kW mit einer Produktion von ca. 12 Mio. kWh Strom pro Jahr. Bei einer Gesamtinvestition von 9 Mio. EURO gibt es 180 Anteilhaber. Die Gemeinde produziert einen erheblichen Energieüberschuss. Einer Erzeugung von 20.500 MWh steht ein Verbrauch von 6.400 MWh gegenüber. Der CO₂-Ausstoß pro Bürger habe sich durch die Einführung von erneuerbaren Energien um 80 % reduziert.

Im Rathaus von Wildpoldsried, so Zengerle, wird für lokale Hausbesitzer eine kostenlose Energieberatung angeboten. Den Bürgern wurde ein kostengünstiger Austausch ihrer alten gegen neue energiesparende Heizungspumpen offeriert. Kommunale Gebäude wie Sporthalle, Schule, Kinderkrippe und Ökologisches Bildungszentrum wurden als Passiv- und Plusenergiehäuser ausgeführt. Der Sportverein kann durch die Erträge der Photovoltaikanlage auf dem Dach der

Sporthalle eine intensive Jugendarbeit finanzieren. Bürger erhalten beim Bau von Passiv- oder Plusenergiehäusern 10 % des Grundstückspreises erstattet. Im Rahmen des Projekts "Irene: Integration erneuerbarer Energien und Elektromobilität" testet die Siemens AG in Wildpoldsried derzeit 37 Elektroautos.

Bürgermeister Zengerle stellte dabei keineswegs in Abrede, dass der Weg, den Wildpoldsried ging, ohne die günstigen Rahmenbedingungen des Staates wie z. B. Einspeisevergütungen, unmöglich gewesen wäre.

Äußerst zaghaft, wenn überhaupt vorhanden, sind die kommunalen Ansätze zu einer Energiewende in Bulgarien, so muten jedenfalls die Berichte der bulgarischen Bürgermeister an. Nikolay Terziev, Bürgermeister einer kleinen Gemeinde im Bereich Kazanlak, konnte immerhin berichten, dass eine Schweizer Firma hier 2010 einen Windpark mit 20 Windrädern errichtet habe. Mit erheblichen Problemen hatte ein anderer Investor zu kämpfen, der einen Solarpark auf gemeindeeigenen Flächen installieren möchte. Entsprechend der bis vor kurzem geltenden Gesetzeslage musste der Investor die Zustimmung der Bürger von vier umliegenden Dörfern einholen. Der betreffende Investor verpflichtete sich außerdem, für den Bau nur örtliche Arbeitskräfte einzusetzen. Er unterhalte Kontakte zur Berufsbildungsschule in Kazanlak, wo eine spezielle Klasse zur Ausbildung zu Solartechnik eingerichtet werden solle. Terziev sieht die Rolle der Bürgermeister auch darin, als Vermittler zwischen Bürgern und Investoren zu fungieren und dem Eindruck entgegenzuwirken, Investoren seien Teil einer "grünen Maffia". Für die Investoren sei die Situation jedenfalls problematisch, da sich die fehlende Transparenz in der einschlägigen staatlichen Gesetzgebung in Bulgarien auch kommunaler Ebene fortsetze. Deutsches Know-how könne für bulgarische Gemeinden ausgesprochen hilfreich sein, darin stimmte auch *Plamen Simeonov*, der Bürgermeister von Bankya, einem traditionellen Kurbad am nordöstlichen Rande von Sofia überein.

Strahil Panev, stellte als dessen regionaler Koordinator das "Netzwerk energieeffizienter Hauptstädte in Südosteuropa" vor. Die sog. "Hauptstadtinitiative" wird gefördert durch den Offenen Regionalfonds für Südosteuropa - Energieeffizienz (ORS-EE) der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (giz). Für die bisherigen Partner Zagreb, Sarajewo, Podgorica und Skopje fungiere Freiburg i. Br. als Modellstadt. Hauptziele seien dabei:

- der Aufbau von Implementierungskapazitäten für das Energiemanagement auf kommunaler Ebene
- der Erfahrungsaustausch zwischen den Städten
- Hilfe bei der Implementierung der Aufgaben des Konvent der BürgermeisterInnen
- die Unterstützung des Beitrittsprozesses zur EU-Mitgliedschaft
- die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den europäischen Hauptstädten.

Im Grundsatz geht es bei dem Projekt so Panev, um die Förderung des *capacity-building* und die Einführung eines Energiemanagements, um damit die Organisationsstruktur der Großstädte bei Energiefragen zu verbessern. Bedauerlicherweise kann Bulgarien bzw. Sofia nicht Teil dieses Netzwerks werden, da es sich ausschließlich auf den Bereich des westlichen Balkan bezieht.

VI. Schlussdiskussion: Die Zukunft der Energieversorgung in Bulgarien und Deutschland

Wie erreichen wir eine sichere, bezahlbare und umweltfreundliche Energieversorgung in Deutschland und in Bulgarien? Kann der deutsche Weg der Energiewende ein Vorbild sein für Bulgarien? Deutet sich auch in Bulgarien eine Wende an in Richtung eines hocheffizienten Einsatzes erneuerbarer Energien?

Diese und andere Fragen dominierten die Schlussdiskussion der Konferenz unter der Moderation von Dr. Hansjörg Brey. Am Panel diskutierten erstrangige Experten: *Günther Schubert*, der Vorstandsvorsitzende von E.ON Bulgarien, *Marcel Keiffenheim*, der Leiter des Bereichs Energiepolitik bei Greenpeace Energy eG aus Hamburg, Dr. *Ruslan Stefanov*, vom Center for the Study of Democracy in Sofia sowie *Borislav Sandov*, Vertreter der Partei "Die Grünen" aus Sofia.

Günther Schubert erläuterte, E.ON sei zwar einer der weltweit führenden Investoren in erneuerbarer Energien, sei allerdings in Bulgarien noch nicht tätig geworden. Vor zwei Jahren waren die Bedingungen für Investitionen mit hohen Einspeisetarifen auf den ersten Blick positiv und so schien es genügend Anreize für Investition in neue Anlagen in Wind und Photovoltaik zu geben. Prohibitiv für Investitionen sei jedoch der politisch motivierte extrem niedrige Strompreis, welcher z. B. 25 % unter den Verbraucherpreisen in Rumänien liege. Die Politik sei der Meinung, dass man höhere Strompreise den Bürgern in Bulgarien nicht zumuten könne. Effekt sei ein extrem hoher Stromverbrauch. Dieser sei nicht zufällig in Rumänien pro Kopf um 20 % niedriger als in Bulgarien. Der niedrige Strompreis habe auch dazu geführt, dass sich E.ON von Anfang an nicht für Investitionen in das neu geplante AKW Belene interessiert habe. Für Belene seien bislang eine Mrd. Lewa ausgegeben worden, zugleich könne ein solches Kraftwerk mit dem gegenwärtigen Strompreisniveau überhaupt nicht finanziert werden.

Bulgarien habe im Vergleich zu Deutschland eine grundlegend andere Ausgangslage: hier seien Stromausfälle an der Tagesordnung. Man könne die Menschen kaum davon überzeugen, nicht mit Strom zu heizen, solange Elektrizität billiger ist als Fernwärme. Die Politik argumentiere damit, dass die armen Bulgaren keine höheren Strompreise bezahlen könnten, dies sei aber nur zutreffend für etwa 10 % der Bevölkerung. Das Beispiel in anderen Ländern zeige, dass man diesen 10 % sozial schwachen Personen helfen kann. Im Übrigen sei es eine zentrale Aufgabe, die Infrastruktur der Übertragungskapazitäten zu verbessern. Der Staat habe den Ausbau von Windenergie vor allem deshalb gestoppt, weil die staatliche NEK keine ausreichenden Übertragungskapazitäten habe. Statt dieses Problem zu lösen, mache man ein neues Gesetz, um Zeit zu gewinnen. Eine Diskussion zu dieser Thematik habe bisher in Bulgarien noch nicht stattgefunden.

Beim Ausbau der Übertragungsnetze, so Schubert, gebe es sowohl in Deutschland als auch in Bulgarien viele Zielkonflikte. Doch in Deutschland gebe es kaum Ausfälle, anders in Bulgarien: die Netze seien dort wesentlich älter, der notwendige Investitionsaufwand entsprechend hoch.

Wer Windenergie produzieren wolle, müsse zunächst einmal zugleich in die Netzinfrastruktur investieren, was aber nicht rentabel sei.

Greenpeace Energy, so Marcel Keiffenheim, basiere auf der in Deutschland Mitte der 1990er Jahre erfolgten Liberalisierung des Strommarkts. Seither kann jeder Kunde seinen Stromanbieter selbst aussuchen. Das Unternehmen liefere seinen Öko-Strom heute an ca. 100.000 Kunden.

Keiffenheim stellte im Folgenden die Ergebnisse einer aktuellen Studie vor, die Greenpeace Energy jüngst veröffentlichte.³ In der Studie werden die gesamtgesellschaftlichen Kosten einzelner Energieträger in Deutschland aufaddiert. Neben dem Strompreis gehen die Kosten der staatlichen Förderungen und die "externen Kosten" ein. Im Zeitraum 1970 bis 2010 wurde erneuerbarer Strom mit durchschnittlich 2,2 Ct./kWh gefördert, Braunkohle mit 1,2 Ct./kWh, Steinkohle mit 3,2 Ct./kWh. Atomenergie weise mit 4,1 Ct./kWh den höchsten Förderwert auf. Im Ergebnis trage die Gesellschaft bei einer Kilowatt-Stunde Windstrom Kosten von 7,6 Ct. und bei Wasserstrom 6,5 Ct. Die Gesamtkosten für Strom aus Braun- und Steinkohle-Kraftwerken summieren sich auf 12,1 Ct. und für Atomkraft sogar auf 12,8 Ct./kWh. Somit seien einige erneuerbare Energien heute schon günstiger als konventionelle Energieträger. Lediglich Photovoltaik-Strom sei mit 46,5 Ct./kWh noch deutlich teurer als die konventionellen Energien. Jedenfalls sollten bei der Diskussion um "bezahlbaren Strom" diese Zahlen berücksichtigt werden.

Keiffenheim bezeichnete den breiten gesellschaftlichen Konsens und die sicheren Rahmenbedingungen in Bezug auf Infrastruktur und Gesetzeslage als wichtige Voraussetzung für die Energiewende. Wenn in Bulgarien von einer "grünen Maffia" gesprochen werde, sei dies ein Alarmsignal.

Ruslan Stefanov bezog sich u. a. auf eine aktuelle und umfassende Studie des Center for the Study of Democracy.⁴ Der EU-Beitritt habe die bulgarische Energiewirtschaft, ein bislang geschlossenes System, erheblich unter Druck gesetzt. Immer wieder werde irrtümlich behauptet, Bulgarien sei ein Energiezentrum des Balkans – dabei würden 70 % der Energie importiert. Ebenso ein Irrtum sei der Zusammenhang zwischen der Einführung grüner Energie und der Anhebung der Strompreise. Eine reale Berechnung der Kosten für Atomkraft wie auch ein späterer Beitritt Bulgariens zum gemeinsamen Binnenmarkt würden die Strompreise zwangsläufig erhöhen. Der bulgarische Steuerzahler müsse das geplante AKW Belene mitfinanzieren. Dem staatlichen Strombetreiber NEK fehlten die Mittel für eine Verbesserung des Netzes und dessen bessere Eignung für eine intelligentere Energieversorgung. Nach Stefanov sei das neue Gesetz zu den erneuerbaren Energien im Grundsatz eine Verbesserung. Die Art, wie es eingeführt wurde war dagegen sehr problematisch. Grundproblem sei, dass es an Transparenz und Klarheit für die einzelnen Energiearten fehle. Viele Investitionen in der bulgarischen Energiewirtschaft könnten nur mit Korruption erklärt werden. Die Steigerung der Energieeffizienz müsse Priorität genießen. So sollten europäische Fonds vor allem für die

³ Greenpeace Energy: "Was Strom wirklich kostet". April 2011, www.greenpeaceenergy.de

⁴ Center for the Study of Democracy: "Green Energy Governance in Bulgaria at a Crossroads", Sofia 2011, www.csd.bg

Förderung von energetischen Gebäudesanierungen benutzt werden sowie für die Unterstützung von sozial schwachen Haushalte, die sich höhere Strompreise nicht leisten könnten.

Borislav Sandov von den bulgarischen Grünen, kritisiert die fehlende Transparenz im bulgarischen Energiewesen mit Monopolen bei der Lieferung, Übertragung und Preisbildung. Die erneuerbaren Energien würden ungerecht und einseitig diskriminiert werden. Das Fanal von Fukushima zeige, dass auch ein hochentwickeltes Land nicht in der Lage sei, die Probleme der Atomkraft zu bewältigen.

In der Diskussion mit dem Publikum wurden nochmals die grundlegenden Probleme aufgeworfen, die eine Energiewende in Bulgarien verhindern. Es gebe keine nationale Strategie für die Energieversorgung der Zukunft und für die Reduzierung des extremen Energieverbrauchs. Eine realistische Diskussion über die Kosten der Atomkraft finde nicht statt, zugleich werde bereits in das neue AKW Belene investiert. Angemahnt wurden kleine Schritte, um aus der gegenwärtigen Misere herauszukommen. Über den richtigen Weg in der Energieversorgung müsste ein gesellschaftlicher Dialog beginnen bei dem die Wissenschaft, die Zivilgesellschaft, Parteien und Kommunen ihre Rolle wahrnehmen müssten. So müsse die Wissenschaft mehr politikbegleitende Analysen bereitstellen.

Einig waren sich die Organisatoren und Teilnehmer bei der Konferenz am Ende darüber, dass der hier geführte Dialog ausgesprochen fruchtbar und aufschlussreich war und dass er dringend einer Fortsetzung bedürfe. Bulgarien benötigt eine offene gesellschaftliche Diskussion über eine richtige und nachhaltige Energiestrategie. Aufklärung und Bildung anstelle von Manipulation und Desinformation sind dabei zentrale Elemente. Dabei darf die Notwendigkeit des Klimaschutzes als eine wichtige Überlebensfrage der Menschheit nicht aus dem Auge verloren werden.